

Antrag

der Abgeordneten Amrita Enzinger Msc, Dr. Helga Krismer-Huber, Dr. Madeleine Petrovic, Emmerich Weiderbauer, Gottfried Waldhäusl, Erich Königsberger

betreffend **Flächendeckende LKW-Maut**

Die Verkehrsbelastung in Niederösterreich wie auch im restlichen Österreich steigt seit Jahren stetig an. Ein besonderes Problem stellt dabei der LKW-Umgehungsverkehr dar. Autobahnbegleitende Bundes- und Landstraßen sind oftmals eine kostengünstigere Alternative zur mautpflichtigen Autobahn.

Vor allem für BewohnerInnen von Ortschaften mit starkem Durchzugsverkehr bedeutet dieser Umstand eine zunehmende Belastung durch Staub, Lärm und ein erhöhtes Sicherheitsrisiko. Außerdem verursacht der seit Jahren ansteigende LKW-Verkehr Schäden an Infrastruktur und Umwelt. Die Kosten tragen letztendlich die SteuerzahlerInnen. Die Einführung einer flächendeckenden LKW-Maut in Anlehnung an das Schweizer Modell orientiert am „Verursacherprinzip“ würde diesem Problem entgegenwirken.

In der Schweiz zeigt sich das seit 2001 in Geltung stehende LKW-Maut-Modell als sehr erfolgreich. Dort wird im gesamten Straßennetz eine Mautgebühr pro gefahrenen Tonnenkilometer berechnet, somit werden die tatsächlichen Umweltbelastungen eingerechnet und abgegolten. Diese leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe wird für alle LKW ab 3,5 Tonnen berechnet.

Das System bewirkt eine stärkere LKW-Auslastung, da die Zahl der Leerfahrten geringer wird. Emissionsärmere Fahrzeuge müssen weniger bezahlen, somit kommt es zu einem positiven Umwelteffekt, da die Transportunternehmen rascher auf umweltfreundlichere LKW umrüsten.

Die ursprüngliche Intention dieser Maut-Einführung, nämlich Gütertransporte auf die Schiene zu bringen, wird dadurch unterstützt, dass ein großer Anteil der daraus erzielten Einnahmen zweckgebunden zur Realisierung von Bahnprojekten ausgegeben wird.

Daher stellen die gefertigten Abgeordneten folgenden

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

"Die Landesregierung wird ersucht, an die Bundesregierung, insbesondere an die zuständige Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie, mit der Forderung heranzutreten

1. die Vor- und Nachteile einer flächendeckenden, tonnagebezogenen Lkw-Maut, angelehnt an das Schweizer Modell unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft zu prüfen. Weiters soll geprüft werden, welche technischen Möglichkeiten (zum Beispiel GPS) gegeben sind, um die 'Mautflucht' zu verhindern.
2. nach umfangreicher Prüfung gemeinsam mit dem Land NÖ das Konzept zur Einführung der flächendeckenden LKW-Maut zu erstellen.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem VERKEHRS-AUSSCHUSS so rechtzeitig zur Vorberatung zuzuweisen, dass eine Behandlung am 8. Mai möglich ist.